

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. Georg Meißner
Verlagsanstalt
Herrn Dr. Georg Meißner
Königsplatz
Leipzig

Abonnement: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 4.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.50 Mark. Bei der Post durch die Reichspostanstalt 3.50 Mark. Einmalige Anzeigen 50 Pf. Einmalige Anzeigen 25 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufträge nicht durch den Auftraggeber richtig besetzt sind.

Nr. 61.

Montag, den 14. März 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Reichsregierung hat in der Reichstags-Sitzung am Sonnabend eine Erklärung über die Dononer Konferenz abgegeben. Die Sitzung gestaltete sich zu einer Vertrauenskundgebung für Dr. Simons.

Nach einem Reuter-Telegramm geht in den nächsten Tagen die Anfrage an die deutsche Regierung ob, ob und wann sie die in London abgebrochenen Verhandlungen über die Wiedergutmachung fortsetzen wolle.

Auf die Berliner Siegesstraße wurde ein vorbereitetes Dynamiktentat unternommen.

General Kolliet, der Vorsitzende der interalliierten Kommission, ist gestern vormittag von Paris nach Berlin abgereist.

Die Entlastung der Gerichte.

Frauen als Schöffen und Geschworene.

Von Reichstagsabg. Alfred Brodau.

Durch ein vom Reichstag am 8. März genesenes Entschließen der Unabhängigen und Kommunisten angenommenes Gesetz sind erhebliche Veränderungen in unserem Prozesswesen eingetreten. Die von Interesse für die breite Öffentlichkeit sind. Es sei im Folgenden auf die wichtigsten hingewiesen.

1. In den bürgerlichen Rechtskreisen ist die Zuständigkeit der Amtsgerichte auf Objekte bis 3000 Mark — bisher 1200 Mark — erhöht worden.

2. Die Grenze für nicht der Berufung unterliegenden Rechtsstreitigkeiten ist auf 300 Mark (bisher 50 Mark) mit der Bestimmung erhöht worden, daß ein Urteil, gegen das keine Berufung eingelegt werden kann, in seinen Gründen schriftlich festgesetzt sein muß, ehe es verkündet werden darf. Durch diese Bestimmung soll eine Gewähr dafür geschaffen werden, daß die unansehnlichen Zivilurteile des Amtsgerichts mit besonderer Gründlichkeit gefällt werden.

3. Den Amtsgerichten, die schon bisher über alle Ansprüche aus außerordentlichem Verkehr erkannten, wird die Entscheidung aller Ansprüche auf Erfüllung einer durch Ehe oder Verwandtschaft begründeten gesetzlichen Unterhaltspflicht ohne Rücksicht auf die Höhe des Streitgegenstandes überwiesen.

4. Die bisher auf 150 Mark Schadenbetrag festgesetzte Grenze, bis zu der die Schöffengerichte bei einfachem Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Sachbeschädigung zuständig sind, wird auf 3000 Mark erhöht. Die Schöffengerichte sind weiter nunmehr bis zu dieser Grenze auch zuständig für die Aburteilung von schwerem Diebstahl, Rückfallsdiebstahl und Rückfallsbetrug. Ueber diese Grenze hinaus wird das Schöffengericht bei allen den angeführten Straftaten ferner dann zuständig, wenn der Staatsanwalt die Anklage bei ihm, nicht bei der Strafkammer, einreicht.

5. Die Bestimmung des Gerichtsverfassungsgesetzes, wonach Lehren nicht als Schöffen berufen werden sollen, fällt weg, ebenso wie die gleiche auf Dienstboten bezügliche Bestimmung.

6. Während im Weg der Privatklagen bisher nur Verleumdungen und einfache Körperverletzungen verfolgt werden konnten, ist künftig auch bei Hausfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung, Sachbeschädigung, Verletzung fremder Geheimnisse, allen nach dem Gesetz über unlauteren Wettbewerb strafbaren Vergehen und allen Vergehen hinsichtlich des Urheberrechts die Privatklage zulässig.

7. Bei allen Übertretungen und Vergehen kann die Strafe ohne vorgängige Verhandlung einfach durch schriftlichen Strafbefehl des Richters festgesetzt werden, wenn der Staatsanwalt hierauf anträgt. Durch einen solchen Strafbefehl, gegen den selbstverständlich Einspruch zulässig ist, kann aber keine andere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe von höchstens sechs Wochen ausgeworfen werden. Gegen Jugendliche, die noch nicht achtzehn Jahre alt sind, kann dabei Freiheitsstrafe nur festgesetzt werden, wenn sie anstelle einer nicht bezugtreibenden Geldstrafe treten soll.

8. Eine Reihe von Geschäften, die bisher der Richter erledigte, werden dem Gerichtsschreiber übertragen.

9. Die Befugnis des Richters, einen Rechtsanwalt oder Verteidiger wegen Ungebühr vor Gericht in Ordnungstrafe zu nehmen, wird beseitigt.

10. Für diejenigen strafgerichtlichen Urteile, die durch Verzicht der Beteiligten auf Rechtsmittel rechtskräftig werden, wird die schriftliche Begründung wesentlich vereinfacht.

Diese Bestimmungen, zu 5, 9 und 10 über die Regierungsvorlage hinaus vom Reichstag beschlossen, dienen freilich nicht alle zur Entlastung der Gerichte. Wird eine solche namentlich durch die Bestimmungen zu 2, 7 und 10 erzielt und auch durch die zu 1 infolge dessen, als hiernach von nun an eine große Zahl von Sachen nur noch durch einen Richter statt eines Kollegiums von drei Richtern erledigt wird, so tritt eine Entlastung kaum ein durch die Bestimmung unter 4. Zwar wird dadurch die Entscheidung vieler Sachen von

der mit fünf Richtern besetzten Strafkammer auf ein nur mit einem Richter und zwei Schöffen besetztes Gericht übertragen, aber der so erzielte Ersparnis am Personal steht gegenüber, daß die dem Schöffengericht neu übertragenen Sachen nunmehr der Berufung zugänglich sind, die ja gegen die Urteile der Strafkammern nicht zugelassen ist. Eine Reihe von Sachen, die nunmehr zunächst das Schöffengericht statt der Strafkammern des Landgerichts beschäftigen werden, wird also gleichwohl noch an das Landgericht als zweite Instanz gelangen. Aber die Neuregelung ist zu begrüßen, weil auf diesem Umweg für einen großen Teil von Strafsachen tatsächlich das erreicht wird, was die demokratischen Parteien für die Strafkammer sachen längst forderten: Mitwirkung von Laien und Einführung der Berufung.

Die Unabhängigen und Kommunisten benutzten die Entlastungsvorlage, um einen agitatorischen Antrag auf Zulassung der Frauen zu den Ämtern der Schöffen und Geschworenen einzubringen. Nach ihrem Antrag wäre aber nur das noch einmal ausgesprochen worden was sich schon aus der Verfassung ergibt, eben das Recht der Frauen auf Zulassung zu jenen Ämtern. Mit einem solchen Anspruch allein ist es aber nicht getan, es müßte, wenn tatsächlich die Zulassung der Frauen zu diesen Ämtern erreicht werden soll, eine ganze Reihe von Gesetzesbestimmungen umgestaltet werden. Namentlich müßten auch, wenn das Recht auf jene Ämter nicht zu einem Danaergeschenk für die Frauen werden soll, die Bestimmungen darüber abgearbeitet werden, wer die Annahme jener Ämter ablehnen darf. Den Frauen müssen dieselben weitestgehende Absehnungsgründe gegeben werden, als sie jetzt für die Männer gelten, insbesondere müssen sie in weitestgehendem Maße das Recht erhalten, aus häuslichen Gründen ablehnen zu dürfen. Es ist also ein besonderes Gesetz nötig, das die Zulassung regelt. Eine in zweiter Lesung des Entlastungsgesetzes eingebrachte Entschließung Brodau forderte von der Regierung die Vorlegung eines solchen Gesetzes so zeitig, daß die Zulassung der Frauen zu jenen Ämtern bei der nächsten, Ende des Jahres stattfindenden Auswahl von Schöffen und Geschworenen ermöglicht wird. Eine Entschließung dieses Inhalts wurde in dritter Lesung von allen nichtsozialistischen Parteien unter Ablehnung des unzulänglichen Antrages der Unabhängigen angenommen, nachdem der Reichsjustizminister Dr. Heineke nunmehr die verbindende Zusage gegeben hatte, eine Vorlage mit aller Beschleunigung einzubringen. Demnach darf die Mitwirkung von Frauen in jenen wichtigen Ämtern vom 1. Januar 1922 ab schon jetzt als gesichert gelten.

Alliierte Stimmungsmache.

Dr. Wenn man die Erörterungen verfolgt, die in der Weltpresse im Anschluß an die Verhandlung der Sanctionen gepflogen werden, so wirken sie bei genauerem Hinsehen tatsächlich wie ein vollendeter Anschauungsunterricht. Es ist, als ob sich alles zusammenfände, um den schlüssigen Beweis zu erbringen, daß die Sanctionen wirklich das ungeeignetste Mittel zur Erfüllung der französischen Reparationswünsche darstellen. Da ist z. B. die schöne Sache mit dem amerikanischen Loch im Westen. (Siehe kleine politische Meldungen, D. Red.) Die französische Presse tut jetzt ganz so, als ob kein Mensch vorher daran gedacht hätte, daß die Durchföhrung der Zollmaßnahmen gegen die Rheinlande nur dann denkbar ist, wenn auch der amerikanische Teil der Besatzungszone mitmacht. Zweitens ist ein Streit über den Termin entstanden, an dem die wirtschaftlichen Sanctionen zur Anwendung kommen sollen. Damit hat es überhaupt seinen besonderen Reiz, denn da nach der Ankündigung Lloyd Georges die respektiven Parlamente in den alliierten Ländern ihre Zustimmung geben sollen, wird man noch manches Schöne über Vorteile und Nachteile der Reparationen lesen können. Es ist weiter gemeldet worden, daß nicht einmal Belgien restlos mitmachen will bei den Sanctionen, und daß neben Japan vor allem Italien ebenfalls einen recht ablehnenden Standpunkt einnimmt. Wenn Irland etwa den Wunsch hegen sollte, daß sich das französische Volk ein Bild von den großen Schwierigkeiten mache, die sich ergeben, so kann er ihn schon jetzt in jeder Beziehung als erfüllt ansehen. In der gleichen Vinte liegt es auch, wenn wir jetzt immer von neuem in der Presse der Alliierten lesen, daß die Deutschen schon binnen kurzem um neue Verhandlungen nachsuchen würden, oder daß von alliierter Seite eine Wiederholung der Londoner Konferenz, sei es in London oder anderswo — man nannte sogar Straß am Lago Maggiore — in Aussicht gestellt wurde. Man muß doch also das Gefühl haben, als ob die öffentliche Meinung gerade auch in den Entente-Ländern mit dem negativen Ausgang der Verhandlungen nichts weniger als zufrieden ist und daher besänftigt werden müsse. Wir brauchen uns ja auch nur ein wenig in die Lage der französischen Bevölkerung zu versetzen, der immer erklärt worden ist, die Deutschen würden bezahlen und die jetzt nicht nur flieht, daß von den deutschen Milliarden noch längst nichts im Wege steht, sondern erfahren muß, daß die Staatsmänner der Entente noch immer den rettenden Gedanken nicht finden können, der den Goldstrom nach Frankreich hineinführt. In der

englischen Presse wird die Kritik an der Politik Lloyd Georges mit dauernd sich verstärkendem Nachdruck geübt. Wie aber haben wir uns zu alledem zu stellen? Als rasche Befestigung des Streites um Dr. Simons hat gezeigt, daß die einheitliche Auffassung im deutschen Lager ohne jede Beeinträchtigung aufrechterhalten bleibt. Sie geht nach wie vor dahin, daß wir jedem Vorschlag zugänglich sind, der unserer Leistungsfähigkeit wirklich gerecht zu werden sucht. Und selbst unsere Gegner merken allmählich, daß sich daran nichts ändern wird.

Dr. Simons Bericht über London.

Die Haltung der deutschen Delegation vom Reichstage gebilligt.

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstages erläuterte der Minister des Auswärtigen Dr. Simons seinen Bericht über die Verhandlungen in London. Die Parteien nahmen dazu in Erklärungen Stellung. Zum Schluß erfolgte mit großer Mehrheit die Annahme einer von den Regierungsparteien beantragten Entschließung, in der die Ablehnung der Ententeforderungen gebilligt wurde. Wir lassen die Rede des Reichsaußenministers folgen.

Minister Simons

erklärt, einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Delegation in London ablesen zu wollen und über die Absichten, welche die Delegation hierbei geleitet haben. London war eine Fortsetzung von Spa. Wir hatten Anspruch auf eine Verhandlung in einem neutralen Lande; aber wir konnten die Einladung nach London nicht ablehnen, da wir zum ersten Male Kunde über den Umfang unserer Verpflichtungen erhalten sollten. Die Londoner Verhandlungen waren durch die vorhergehenden Pariser Beschlüsse erschwert, weil sich die Alliierten festgelegt hatten. Ein Einverständnis war nur möglich, wenn es gelingen sollte, einmal die Höhe der wirklich angerichteten Schäden festzusetzen, sowie die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit. Dieser Weg hat uns bis Brüssel geführt. Es ist schade, daß dieser Weg nicht innegehalten wurde. Die deutschen Sachverständigen haben sich im gleichen Sinne ausgesprochen in der Erkenntnis, daß es sich hier um eine

Lebensfrage der europäischen Wirtschaft

handelt. Ich danke Ihnen im Namen der Reichsregierung für Ihre opferwillige Tätigkeit in der Vorbereitung dieser Vorschläge. Ihre Denkschrift hat das die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands und die finanzielle Belastung des Einzelnen mehr Licht verbreitet, als dies im Auslande bislang bekannt war. Der Vorwurf gegen die deutsche Regierung, daß sie in der Reparationsfrage ganz ungenügende Vorschläge gemacht habe, ist unhaltbar, weil Deutschland mit Rücksicht auf die ungeklärten Verhältnisse im Saargebiet und Oberschlesien über seine Leistungsfähigkeit nicht abschließend urteilen kann. Oberflächlich ist für Deutschland eine Lebensfrage. Dazu kam das Baltica, Elend, das nur durch die Zusammenarbeit aller Völker gelöst werden kann. Der zweite Punkt, der uns hinderte, war die Erschwerung des deutschen Handels durch Verfall des, der kein festumrissenes Bild gewonnen hat. Wenn wir trotzdem zur Reparation kommen mußten, trugen daran das Drängen der Entente und die Erhöhungen der Gewalt Schuld. Die Sachverständigen schätzen freilich unsere Leistungsfähigkeit sehr gering ein; unser späteres Angebot beruhte nicht auf ihren Grundlagen, war vielmehr von politischen Erwägungen diktiert und ist von mir persönlich gemacht worden. Unser Angebot beruhte auf der Zahlenrechnung der Annuitäten, die wir auf die Gegenwart zurückabattiert haben. Dieser Gegenwartswert entspricht einer Verzinsung von 8 Prozent. Wir wußten hinsichtlich unserer bisherigen Leistungen, daß die Entente mehr erreichte als wir. Hierbei rechnete die Entente die Okkupationskosten und die Lebensmittelbeschaffungsgelder nicht mit. Daß wir im übrigen die noch restlichen 30 Milliarden nicht mit einem Male auf den Tisch legen konnten, leuchtet ein. Das könnte keine Macht der Erde. Wenn wir für die Verzinsung dieser Summe diesmal aber nur 5 Prozent rechneten, so lag der Grund in der gestiegenen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Der einzige Ausweg lag in einer

Internationalen Anleihe.

Man hat ihn zwar auch bei uns als eine Utopie angesehen, denn das Kapital ist überall vor der Mehrbelastung geschützt, es versteckte sich hinter Sachgütern. Aber wenn wir der Anleihe Befreiung von Steuern zugesichert hätten, wäre es möglich gewesen. Nun hatten wir von der Regierung in Berlin noch weitere Wollmachten erhalten. Wir lehnten den Faktor der variablen 12 Prozent auf die Ausfuhr als widersinnig ab und schlugen Kommissionenberatungen vor, um in dieser Beziehung zu einem Resultat zu kommen. Ueber den Gang der Verhandlungen in London selbst ist ein Werkbuch in Ihren Händen. Weitere Mitteilungen über die nichtstoffigsten Verhandlungen hätte ich gern hinzugefügt, aber daran hindert mich ein Versprechen, welches ich der Gegenpartei

gegeben habe. Die sollten mir dann veröffentlicht werden, wenn sie zu einem Erfolg geführt hätten. Unbetrübt behauptet, daß dies Versprechen von der anderen Seite nicht immer gehalten worden ist, hatte ich mich meinerseits an meine Zusage und diese inoffiziellen Verhandlungen bleiben verträglich. (Beifall.)

Lord George hat die Schuldfrage aufgerollt. Die Belastungsfrage besprochen und behauptet, die Deutschen zahlen zu wenig Steuern und hätten im Krieg nicht gelitten. Er hat dann ein Ultimatum gestellt. Wir mußten bis zum Ablauftage des Ultimatum zu Verhandlungen kommen. Ich habe deshalb von Vermittlern Gebrauch gemacht, die sich mir angeboten hatten. Daß die Forderungen der Briten nicht so sehr das Diktat eines Siegesdraufes sind, als vielmehr die Ergebnisse bitterer eigener Mühe, wird einem freilich klar, wenn man die Verhältnisse drüben selbst sehen kann. Aber ich verstehe nicht, daß man Anstoß an der Einteilung der Jahresraten nahm. Nun kam das Diktat Lord Georges, das auch nicht eine Spur von Rechtsgrund hat. Im Versailler Vertrag ist nur von wirtschaftlichen Sanktionen die Rede. Ich wiederhole den Protest den ich in London erhoben habe. Es gibt kaum ein schwereres Diktat für einen Staat als das, was uns widerfahren ist. Unsere Lage ist aber nicht so, daß wir von einem Abbruch der Beziehungen etwas erwarten konnten. Die Meinung der Welt ist uns ungünstig. Auch die Ansicht, als ob der Vertrag von Versailles, nachdem ihn die Gegner zerrissen haben, nun auch für uns ungünstig sei, ist falsch. Man soll nichts Böses mit Bösem vergelten. (Geheul und Unruhe.) Für uns soll bestehen bleiben die Erfüllung des Versailler Vertrages in den Grenzen des Möglichen, aber nichts mehr. Können wir auf Grund der gegenwärtigen Lage

nun weitere Verhandlungen führen?

Ich habe diesen Weg nicht verbaut und uns auch nicht festgelegt. Nach der Ueberzeugung der Regierung müssen wir alles tun, um neue Mittel und Wege zu finden, einen Gegenanschlag auf andere Basis zu ermöglichen. Aber in dem Moment, wo man uns eine solche Ohrfeige gibt, gleich die Hand hinstrecken und sagen, wir wollen Freunde sein, das geht nicht. Und wenn wir in neue Verhandlungen eintreten, so muß ich sagen, daß die Basis durch die in Kraft gesetzten Sanktionen ganz verändert ist. Wirtschaftlich und faktisch. Das Rheinland wird bald merken, wie es darunter zu leiden hat, ebenso ganz Deutschland. Dies Vorgehen der Alliierten halte ich für einen der schwersten und verhängnisvollsten Fehler, den man zum Schaden der Weltwirtschaft begehen konnte. Die großen Aufgaben der Reetablierung der internationalen Kapitalverhältnisse werden unübersehbar erschwert. Bei solchen schweren Folgen werden wir unser

letztes Angebot in London nicht wiederholen

wann, sondern nach neuen Vorschlägen suchen müssen. Und nun die Schuldfrage. Wer von uns unerfüllbares fordert, weil wir allein verantwortlich wären, der zwingt uns dazu, das Gegenteil zu beweisen. Es ist niemand in diesem Saale, der glaubt, Deutschland sei allein schuldig. (Beifall.) Das Gegenteil zu beweisen, werden wir alles tun müssen, leidenschaftlos und mit voller Liebe zur Wahrheit. Als Führer der deutschen Delegation erwarte ich nicht von Ihnen, daß Sie alles billigen, was wir getan haben, aber für eines bedarf ich und auch die Regierung einer ausdrücklichen und klaren Erklärung dieses hohen Hauses, daß Sie nämlich den endgültigen Entschluß der Delegation, die Ablehnung unserer Vorschläge, eher annehmen, als die unerfüllbaren Forderungen der Alliierten durch Ihre Zustimmung beden. Sonst würde es nötig sein, daß Sie sich jemand anders suchen, der künftig Ihre Verhandlungen führt. (Beifall und Handklatschen.)

Kleine politische Meldungen.

Das deutsche Weibsch über London. Das Auswärtige Amt hat nunmehr das vor einigen Tagen angekündigte Weibsch über die Entschaltung und den Verlauf der Londoner Konferenz veröffentlicht. Neben einer Einleitung die sich in kurzen

Sätzen mit dem Gedanken des Großvortrags befaßt, enthält das Buch alle Mittheilungen, die auf die Londoner Verhandlungen Bezug nehmen; die Einladung zur Konferenz, das Gutachten der deutschen Sachverständigen, die deutsche Erwiderung auf die Denkschrift der alliierten Sachverständigen und die Berichte über die Sitzungen der Konferenz.

Über weitere Besetzungen. Das Echo de Paris meldet aus London: Marshall Foch gewährt englischen Pressevertretern eine Unterredung, in der er erklärte, daß die alliierte Regierung entschlossen seien, bei einer neuen Verlegung des Versailler Vertrages durch Deutschland zu weiteren Besetzungen zu schreiten, die mit der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort eigentlich nur ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben. Als weitere Sanktionen seien die Besetzung des gesamten Ruhrgebietes, darunter der Städte Barmen, Elberfeld, Essen, Bochum und Dortmund in Aussicht genommen.

Ein Vorschlag in der Zollgrenze. Der Kölnter Korrespondent des New York Herald meldet, die Oberkommission sei zu dem Entschlusse gekommen, daß in der Angelegenheit der deutschen Zolleinnahmen nichts ohne die Mitarbeit oder wenigstens das Einverständnis der amerikanischen Truppen unternommen werden dürfe. General Allen, der amerikanische Befehlshaber habe aber keine Instruktionen aus Washington. Man erwarte, daß die Alliierten in Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung treten werden; inwieweit aber herrsche Verwirrung.

Fälliger Klamm. Wie vom Reichskommissar für öffentliche Ordnung in Berlin, Weichmann, mitgeteilt wird, war die in der Freitagnummer der Leipziger Volkszeitung veröffentlichte Darstellung über einen für den 18. März bevorstehenden Reichstagsaufmarsch in allen ihren Teilen unzutreffend. Es kann sich bei den wiedergegebenen Dokumenten nur um Fälschungen handeln.

Die Folgen des Stillstandes der Ueberbrückungen. Infolge des Stillstandes der Ueberbrückungen des Ruhrgebietes ist mit eingeleiteten Kohleneinschränkungsmaßnahmen der Reichsregierung zu rechnen. Das Reichsamt wird sich am Montag mit dieser Sache befassen, da durch die Einstellung der Ueberbrückungen die Durchführung des Spaer Vertrages nicht möglich wird.

Selbstschutzverbot für Braunschweig. Kreis- und Polizeidirektionen im Lande Braunschweig sind vom Staatsministerium angewiesen worden, alle Organisationen, die sich mit Waffen versehen oder sich militärische oder polizeiliche Ziele gesetzt haben, insbesondere auch Ortsgruppen der sogenannten Organisation Escherich zu verbieten. Die Ausübung der Polizeigewalt stehe ausschließlich dem Staate zu. Es könne daher nicht gebilligt werden, daß einzelne Organisationen sich polizeiliche Befugnisse anmaßen oder Mittel polizeilicher Art anwenden. Auch die privaten Selbstschutzorganisationen sind verboten.

Polnische Exzessivität gegen Dänzig. Nach einer Mitteilung des Senats droht Polen, um Dänzig den Forderungen bei den Wirtschaftsverhandlungen gefügig zu machen, mit der Einstellung der Lebensmittellieferungen an Dänzig, zu denen es vertraglich verpflichtet ist. Dänzig muß daher zu anderweitiger Lebensmittellieferung greifen, wozu es einen Rohstoffbedarf von 40 Millionen Mark braucht. Im Dänziger Werkstage wurde die polnische Exzessivität auf das schärfste verurteilt.

England braucht den Handel mit Deutschland. Die in deutschen Blättern erschienenen Nachrichten, wonach Bonar Law im Unterhaus angekündigt hätte, bis zur Annahme eines neuen Gesetzes über die Abgabe von den an Deutschland zu zahlenden Beiträgen für Warenlieferungen würden alle Handelsbeziehungen zwischen England und Deutschland abgebrochen, sind völlig unbegründet. Bonar Law hat niemals eine derartige Erklärung abgegeben.

Senator Knox auf seinen Hardings. Ein Vertreter des Präsidenten Harding wird nächstens nach Europa fahren, um sich über den Völkerbund zu unterrichten. Senator Knox hat sich der Auffassung Hardings über die Notwendigkeit der Vertagung der Entschaltung, die die Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland fordert, angeschlossen.

Die Grundlagen der zukünftigen Lehrerbildung in Sachsen.

Unter Teilnahme von Lehrern aller Schulen, von der Volksschule bis zur Universität, fand in Gegenwart eines Vertreters des Finanzministeriums dieser Tage im sächsischen Unterrichtsministerium eine Besprechung statt, zu der als Grundlage für die künftige Lehrerbildung in Sachsen von der philosophischen Fakultät Leipzig folgende Vorschläge unterbreitet wurden:

- 1. Das Universitätsstudium der Volksschullehrer dauert mindestens 6 Semester und umfaßt als Pflichtfächer Pädagogik, Philosophie, Staatsbürgerkunde.
2. Es steht den künftigen Volksschullehrern frei, neben diesen Fächern noch ein besonderes Fachstudium zu ergreifen. In diesem Falle verlängert sich die Studienstufe auf mindestens 8 Semester.
3. Die Forderungen für die Prüfung in diesem Fach sind nicht aus der Ordnung der Prüfung für das höhere Lehramt zu übernehmen, vielmehr nach Maßgabe der Bildungs-

grade, die mit diesem Fachstudium verfolgt werden in einem besonderen Prüfungsordnung festzulegen.

4. Die praktische Ausbildung der Volksschullehrer, die eine gründliche Durcharbeitung der in der Volksschule zu behandelnden Stoffe unter didaktisch-methodischen Gesichtspunkten in sich schließen muß, wird einem selbständig neben der Universitätslehre pädagogischen Institut überwiesen. Es ist zu wünschen, daß an den Lehrern des Instituts diejenigen Dozenten beteiligen, die dazu Neigung, Fähigkeit und Zeit haben.

5. Dem Institut ist ein Betrag beizugeben, in dem die an dem Institut tätigen Unionslehrer vertreten sind. Die eigentliche Leitung muß in die Hand eines persönlich verantwortlichen Direktors gelegt werden.

Aus diesen Vorschlägen ergibt sich, daß neben der Technischen Hochschule Dresden nun auch die Universität Leipzig bereit ist, die wissenschaftlich-theoretische Ausbildung der Volksschullehrer zu übernehmen. Die Besprechungen, bei denen Bestimmungen nicht erfolgten, führten aber, wie aus Teilnehmerrückmeldungen berichtet wird, zu dem Resultate, daß nun das Unterrichtsministerium den Boden gefunden zu haben glaubt, auf dem es weiterbauen kann, ohne fürchten zu müssen, daß einer der beteiligten Kreise von vornherein als grundsätzlicher Gegner der Pläne aufzutreten wird, die das Unterrichtsministerium nun auf Grund der gepflogenen Verhandlungen ausarbeitet. Der Vertreter des Finanzministeriums wies auf die finanziellen Schwierigkeiten hin. Die Einzeländer seien nicht imstande, die Lasten zu tragen. Sie müssen mit allen Mitteln versuchen, sie auf das Reich abzuwälzen; denn die Regelung der Lehrerbildung sei eine Forderung der Reichsverfassung. Entschendende Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich seien im Gange. Bevor sie nicht zu Ende gekommen seien könne kein Einseitiges Endgültiges beschließen. Das Finanzministerium verwahrt sich aber gegen die Annahme, als stehe es der Lehrerbildungsfrage unfreundlich gegenüber.

Von Stadt und Land.

Mus. 14. März 1921

Vom Landtags. Der Landtag wird am Freitag, den 18. März, in die Osterferien gehen und voraussichtlich, wenn nicht wichtige und dringende Angelegenheiten die Zusammenberufung der Kammer erfordern, in den ersten Tagen des April wieder zusammentreten.

Beschlüsse der evangelischen lutherischen Landesynode. Die evangelisch-lutherische Landesynode beschloß, das evangelisch-lutherische Landeskonfessionsamt zu reorganisieren, den Beginn des Konfirmandenunterrichts im Jahre 1921 auf Subilate festzusetzen. Ferner wurde beschloßen, Kinder, die vom Religionsunterricht in der Schule abgemeldet sind, weder zum Konfirmandenunterricht noch zur Konfirmation zuzulassen, es sei denn, daß der Nachweis erbracht wird, daß die Kinder anderweit eine ausreichende Unterweisung nach dem Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche erhalten haben. Kinder, die vom Religionsunterricht in der Schule abgemeldet worden sind, ohne daß die Eltern anderweit für ausreichende Unterweisung nach dem Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche sorgen, haben, um konfirmiert werden zu können, an einem besonders für sie eingerichteten kirchlichen Religionsunterricht teilzunehmen. Kinder, die trotz der öffentlichen Aufforderung diesen kirchlichen Religionsunterricht nicht besuchen, können weder im Konfirmandenunterricht aufgenommen noch konfirmiert werden. — Die Synode legte energischen Protest ein gegen die Versuche, die Gläubigen durch wilde Gerüchte über die Höhe der Kirchensteuer zum Austritt aus der Kirche zu bewegen. Alle Kirchenvorstände werden aufgefordert, nur die bestehenden Anforderungen an die Gläubigen zu stellen. — Gegen die Absicht der sozialistischen Regierung, das Steuerrecht der Kirchengemeinden zu schmälern, erhebt die Landeskirche entschiedenen Einspruch.

Vertretung des gewerblichen Mittelstandes im Landtag. Die Abgeordneten des Handwerks, Kleinhandels und Gewerbes aller bürgerlichen Parteien des sächsischen Landtags haben sich zu einem interfraktionellen Ausschuss zusammengeschlossen, dem 10 Abgeordnete angehören. Als Vorsitzender wurde Abg. Rungisch, Deutschnationaler Volkspartei, Dresden, als Stellvertreter Abg. Kretschmar, Deutsche Volkspartei, Leipzig, und als Schriftführer Abg. Jähning, Demokratische Partei, Wittweba, bestellt. Zweck dieses Ausschusses ist es, zu allen Fragen des gewerblichen Mittelstandes Stellung zu nehmen und sie einheitlich zu klären, um sie dann nachhaltig innerhalb der Parteien als auch des Landtags zu vertreten.

Keine Einschränkung für Luftbarkeiten. Wie zuverlässig mitgeteilt wird, plant die sächsische Regierung nicht, irgendwelche Maßnahmen zu treffen, um sogenannter lärmende Luftbarkeiten, wie Tanzveranstaltungen, einzuschränken. Auch ist bei den sächsischen Regierungsstellen nichts davon bekannt, daß im Schoße der Reichsregierung derartige Pläne erwogen werden.

St. Steuerdeklaration. Wie machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß die Einkommenserklärungen (Deklarationen) bis zum 31. März beim Finanzamt einzureichen sind. Zur Abgabe einer solchen Erklärung ist jeder verpflichtet, dessen Einkommen 1000 M und mehr beträgt. Vorbruchs hierzu werden nicht mehr zugelassen, sie müssen vielmehr im Stadtkassensamt abgeholt werden.

Das rote Kreuz in Sachsen. Der Landesausch der Ber-eine vom roten Kreuz in Sachsen hat über seine Tätigkeit in der

Die Spinne.

Roman von E. v. Eberstadt.

Verachtliche Ueberhump aus dem Nocheinischen von Julia Koppel.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Karl, der es um jeden Preis vermeiden wollte, daß das Weibsch eine unangenehme Wendung nahm, fragte: „Du hast mir noch nichts von deinem dänischen Freund erzählt, Einar. Wie heißt er?“ „Stiegel. Er ist ein prächtiger Bursche. Kleiner, schätzigler Geschäftsmann. Wir haben kürzlich ein planzendes Geschäft zusammen gemacht.“ „Und darum gibst du das große Essen?“ „Ja.“ „Was war es für ein Geschäft?“ „Kaffee.“ „Wah! Und wie groß ist dein Gewinnanteil?“ „Mehrere Tausend. Den Gewinn meines dänischen Freundes werde ich ihm morgen auszahlen. Er kommt um 11 Uhr zu mir.“ „Dann hast du das Geld wohl liegen?“ fragte Karl gleichgültig. Alles, was das Geschäft betraf, langweilte ihn außerordentlich. „Natürlich“, antwortete der Konsul. „Es liegt in der Kassetts mit dem Buchendruck bereit.“ „Wohin ist es?“ „5500 Mark.“ Karl lud auf dem Weg zu die Höhe,

Er wandte sich zu seinem Bruder und fragte erregt:

„Was sagst du? Fünfundzwanzigttausend?“ „Ja“, antwortete der Bruder etwas erstaunt. „Findest du die Summe so gewaltig?“ „Nein.“ „Warum hat es dich dann so aus der Fassung gebracht?“ „Die Summe — — die Zahl — — erinnerte mich an etwas. Aber das verstehst du nicht, Einar. Es ist auch gleichgültig. Daß uns von etwas anderm reden.“ Der Konsul stiegte seinen Bruder schart. Eine merkwürdige Unruhe bemächtigte sich seiner. Was war mit seinem Bruder los? Er sah blaß und unglücklich aus. Im selben Augenblick grüßte Karl. „Wen hast du eben begrüßt?“ fragte ihn der Konsul. „Den Herrn in dem gelben Frühlingsüberzieher, der so schnell ausritt. Bester, weißt du nicht, wer das ist?“ „Er sah wie ein Bocker aus.“ Karl lachte. „Ja, ich beneide auch niemanden, der zwischen seine Hände gerät. Er ist stark wie ein Tiger. Es war Uebibens Krug, der Detektiv.“ „Ach ja, einer von der Wollgel“, sagte der Konsul und gähnte. Der Wagen hielt jetzt vor dem Grand Hotel. Der Portier kam heraus und meldete, daß sich bereits einige der Herren eingefunden hätten.

Konsul Falkenberg glitz ins Hotel. Im Vestibül traf er mit seinem dänischen Geschäftsfreund, Herrn Stiegel, zusammen und stellte ihm seinen Bruder vor. Es war ein kleiner dunkler Herr, mit eifrigen, nervösen Bewegungen.

Karl begann eine Unterhaltung mit ihm, sie sprachen von Sport, Theater, Tanz. Der Konsul wurde im besten von anderen Gästen in Anspruch genommen, die eingetroffen waren. Schließlich begaben sich die drei Herren zu den Gesellschaftstischen ins zweite Stockwerk hinauf.

Als sie die mit Teppichen belegte Treppe zum Hoflokal hinaufstiegen, geschah etwas Merkwürdiges. Der dänische Herr ging in der Mitte. Rechts von ihm ging der Konsul, links Karl.

Im selben Augenblick kommt ein Paar die Treppe herunter. Es ist eine junge Dame und ein Herr in Uniform, ein Mittelmeister. Die Dame ist sehr elegant gekleidet und sehr schön. Ein bezauberndes Lächeln strahlt über einer Wolk von weissem Pelzwerk, das sie lose um die Schulter geschlungen hat.

Der Konsul erkennt sie sofort. Im übergehenden Ton sagt er: „Da ist sie, Karl.“ Der Bruder blüht auf und geht zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

am 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1920 einen Bericht... (Text continues with administrative or legal matters)

Sport und Spiel.

m. Olympia Grünhain vorauschickender Meisters des Erzgebirges - Memmania unterliegt in Grünhain mit 1:5. Es lautet das Ergebnis der am Sonntag stattgefundenen entscheidenden Spiele. Nach den letzten beiden Siegen gegen Concordia Schneer...

Kreuzen, 13. März. Ueberfall. Am Bahndübergang beim... (Text describes an incident at a railway crossing)

o. Plauen, 13. März. Wegen der Arbeitslosigkeit... (Text discusses unemployment and labor issues)

Plauen, 13. März. Salvarian- und Kofalk... (Text mentions specific names and possibly a case or event)

Dauenstein, 13. März. Der Spielteufel ist auch in... (Text talks about a game or competition)

Sprechsaal.

Diese Rubrik dient zum freien Meinungsaustausch... (Text explains the purpose of the 'Sprechsaal' section)

Rach den Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahnverkehrs... (Text discusses railway regulations)

Kaufmännliche Beherzungen. Eltern und Vormünder stehen in dieser Zeit vor dem... (Text addresses parents and guardians regarding children's education)

Die Gehaltsgrenzen im Handelsgesetzbuch. Bekanntlich sind im § 67 des HGB. die Kündigungsfristen... (Text discusses legal provisions regarding wages and termination)

wesentlichen (3 getragene Gewinne mit dem Kaufhaus... (Text continues with financial or business news)

Zur Abstimmung in Obererßen. Weisau, 14. März. Von der Zentralstelle für die technische... (Text discusses technical matters and a meeting)

Stenographische Anstalten. Bonn, 14. März. Der Präsident der Republik führte in... (Text mentions stenographic services and a presidential action)

Demonstrationen. Wilmshausen, 14. März. Unähnlich einer Demonstration... (Text describes a demonstration or public gathering)

Wien, 14. März. In verschiedenen Stadtteilen Wiens... (Text reports on events in Vienna)

Wien, 14. März. Nach dem Schluß einer Antifeminist... (Text discusses feminist or social issues in Vienna)

Die Sage in Kuhländchen. Stockholm, 14. März. Nach einem Telegramm des... (Text mentions a legend or news from Stockholm)

Belieferung der Bezirks-Lebensmittelkarten. In der Woche vom 14. bis 20. März 1921: Rote Karte... (Text provides information about food ration cards)

Erfurter Sämereien. Große Auswahl. Kaufhaus Schocken. (Text is an advertisement for seeds and a department store)

Wien, den 13. März. z. Schulvorstandsbestimmung. Am Freitag Abend fand in der... (Text reports on a school board election)

Zwönitz, 13. März. Gestalt. In schweres Leid wurde hier die kinderlose Familie... (Text tells a story of a family in distress)

Schleifau, 13. März. Autounfall. Auf der Staatsstraße Schleifau-Schwarzenberg... (Text reports on a car accident)

Lezte Drahtnachrichten. Bereitelter Dynamitanschlag auf die Berliner Siegesstraße. Berlin, 14. März. Gestern Mittag gegen 12 Uhr wurde... (Text reports on a planned bombing in Berlin)

Moskau bei Rykua t. U. 13. März. Französische Weibchen in die Hände gefallen. Der 10jährige Sohn... (Text reports on a child's capture in Moscow)

Wien, den 13. März. z. Schulvorstandsbestimmung. Am Freitag Abend fand in der... (Text reports on a school board election)

Zwönitz, 13. März. Gestalt. In schweres Leid wurde hier die kinderlose Familie... (Text tells a story of a family in distress)

Schleifau, 13. März. Autounfall. Auf der Staatsstraße Schleifau-Schwarzenberg... (Text reports on a car accident)

Lezte Drahtnachrichten. Bereitelter Dynamitanschlag auf die Berliner Siegesstraße. Berlin, 14. März. Gestern Mittag gegen 12 Uhr wurde... (Text reports on a planned bombing in Berlin)

Moskau bei Rykua t. U. 13. März. Französische Weibchen in die Hände gefallen. Der 10jährige Sohn... (Text reports on a child's capture in Moscow)

